



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 17/6555, 17/7545

Bericht zur Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach Vorlage eines Zwischenberichts auf Bundesebene Ende 2015 dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration in schriftlicher und mündlicher Form zur Umsetzung der in der neuen „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ auf Bundesebene vereinbarten Handlungsaufträge an die Länder Bericht zu erstatten.

Dabei geht die Staatsregierung insbesondere auf folgende Punkte ein:

- die Entwicklung eines kohärenten Konzepts für die Berufsorientierung und den Übergang von der Schule ins Berufsleben,
- die Vorlage des Konzepts zur Einführung von „Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf“ sowie den Umsetzungsstand dieses Konzepts,
- die Aufnahme des Themas „Berufsorientierung“ in die Lehramtsstudiengänge und die Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung,
- das Praktikumsangebot des öffentlichen Dienstes in Bayern,
- die Erarbeitung gemeinsamer Qualitätsstandards für Praktika in Kooperation mit Wirtschaft und Gewerkschaften,
- die Möglichkeit für Lehrkräfte, an Praktika teilzunehmen,

- die Maßnahmen der Staatsregierung zur Unterstützung der beruflichen und räumlichen Mobilität von Jugendlichen,
- die Fortführung und Weiterentwicklung von Initiativen zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen,
- die Sicherung berufsschulischer Angebote für alle Jugendlichen in zumutbarer Entfernung vom Wohnort unter Berücksichtigung des „Fachklassen-Prinzips“,
- die Gewinnung von Lehrkräften für das Lehramt an beruflichen Schulen,
- den Handlungsbedarf hinsichtlich der technischen Ausstattung der Berufsschulen und die Initiativen der Staatsregierung hierzu,
- die Initiativen der Staatsregierung für einen Ausbau der Teilzeitausbildung,
- die Bereitstellung eines flächendeckenden berufsschulischen Angebots für Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einstiegsqualifizierung,
- die weitere Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte und die Initiativen der Staatsregierung, dieser Zielgruppe die Aufnahme und Absolvierung eines Hochschulstudiums zu erleichtern,
- die Initiativen der Staatsregierung zur Förderung der Nachqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss,
- die Initiativen der Staatsregierung, um die Einhaltung der Rechte von Auszubildenden zu gewährleisten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin